

Tiefensee und Gabriel streiten über Dieselfilter

Berlin. Zwischen Wolfgang Tiefensee und Sigmar Gabriel ist ein Streit über unwirksame Partikelfilter (PMS) für Dieselaautos entbrannt. Während Gabriels Umweltministerium den Problemfiltern rückwirkend die Betriebserlaubnis (ABE) entziehen möchte, lehnt Tiefensees Verkehrsministerium diesen Vorschlag ab. „Eine nachträgliche Rücknahme der ABE für alle rund

45.000 betroffenen PMS würde nämlich das Vertrauen der Verbraucher in die gemeinsame Nachrüstungsinitiative der Bundesregierung und der Umwelt- und Kraftfahrzeugverbände für Diesel-Pkw mit PMS beschädigen“, heißt es im Bericht des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Verkehrsminister, der *Automobilwoche* vorliegt. **Matthias Karpstein** ▶ Seite 4

Automobilwoche 26 · 15. Dezember 2008

Stufenplan soll das Filterproblem lösen

Matthias Karpstein
Automobilwoche, 15.12.2008

München. Das Problem unwirksamer Filter für Dieselfahrzeuge wollen Deutsches Kfz-Gewerbe (ZDK), Gesamtverband Autoteile-Handel (GVA) und Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) mit einem Stufenplan lösen. Unterstützt durch das Verkehrsministerium (siehe Seite 1) soll so die Kulanzregelung fortgeführt werden. Der Entzug der Betriebserlaubnis für die Filter ist nicht geplant.

Demnach soll zunächst für den Austausch der Filter in Fahrzeugen mit roter und gelber Umweltplakette gesorgt werden. Bei diesen Autos sieht das Verkehrsministerium den Austausch als „umweltrechtlich zwingend geboten an“, wie es in einem Bericht des zuständigen Staatssekretärs heißt. Denn sie können mit ihrer unrechtmäßig erworbenen Plakette die Umweltzonen bis Ende 2009 befahren, obwohl sie eigentlich draußen bleiben müssten.

Betroffen wären dem Bericht zufolge 50 Fahrzeuge mit roter und rund 4200 Autos mit gelber Plakette. Auf diese Fahrzeuge wollen sich ZDK, GVA und KBA konzentrieren. „Durch diese Konzentration des Austauschs auf die Fahrzeuge mit roten oder gelben Feinstaubplaketten würde das unberechtigte Befahren von kommu-

nalen Umweltzonen insgesamt (weitgehend) unterbunden und damit ein rechtmäßiger Zustand wieder hergestellt“, heißt es im Bericht des Verkehrsministeriums. Die betroffenen Autofahrer sollen vom KBA erneut schriftlich zum Austausch aufgefordert werden.

Die FDP-Bundestagsfraktion kritisiert diesen Vorschlag. Sie will allen Filtern die ABE entziehen, für die es am Markt Ersatz gibt. Sollte Filterhersteller GAT nicht für den Schaden aufkommen können und Insolvenz anmelden müssen, „dann muss eben der Bund dafür aufkommen, denn er hat die Betriebserlaubnis fälschlicherweise erteilt“, sagte Patrick Döring, verkehrspolitischer Sprecher der FDP, der *Automobilwoche*.



FOTO: PHOTOTHEK

Tiefensee: Der Verkehrsminister lässt den Problemfiltern ihre ABE.